

## Irland

PATRICK KEATINGE

In der zurückliegenden Zeit verfolgte die Fianna-Fail-Regierung weiterhin ihren wirtschaftlichen Sparkurs. Obwohl Armut, Arbeitslosigkeit und Emigration nach wie vor ein beunruhigendes Ausmaß hatten, war das Zutrauen in die Konjunktur höher als vor einigen Jahren. Handelsbilanz, Inflation, Zinsraten und Steueraufkommen entwickelten sich positiv. Vor diesem Hintergrund startete die Regierung im Juli eine Kampagne, um in der Öffentlichkeit das Bewußtsein für die neue Entwicklungsphase der Europäischen Gemeinschaft und deren möglichen Auswirkungen für Irland zu verstärken. Am Jahresende wurde ersichtlich, daß der Geschäftswelt die Bedeutung von 1992 zwar bewußt war, daß sie aber bisher kaum spezifische Maßnahmen ergriffen hat, um sich darauf einzustellen<sup>1</sup>.

### *Irische Sorgen: Steuerangleichung und Strukturpolitik*

Die Reaktion auf Regierungsebene fiel komplexer aus. Ministerpräsident Charles Haughey sah in den Ergebnissen des Brüsseler Sondergipfels vom Februar 1988 einen „historischen Durchbruch“<sup>2</sup>. In der anlaufenden Diskussion über die Steuerharmonisierung, die der Binnenmarkt erfordert, nahm Irland eine prinzipiell zustimmende Haltung ein, obwohl bisher kaum auf die irische Forderung reagiert wurde, im Falle einer Steuerangleichung einen Ausgleich für die hohen indirekten Steuern zu schaffen, auf denen das irische Finanzwesen beruht. Die Schätzungen dieser für Irland entstehenden Kosten variieren beträchtlich; über angemessene Handlungsstrategien wird kontrovers diskutiert. Ein weiteres Thema für die politischen Parteien und die großen Interessenverbände war die Problematik der Randslage Irlands. Ein gemeinsamer Bericht des „Northern Ireland Economic Council“ und des „National Economic and Social Council“ (NESC) betonte, daß sich die regionalen Unterschiede innerhalb der EG vergrößern und die Konkurrenz um Fördermittel zwischen den nördlichen und den südlichen Randzonen der Gemeinschaft zunimmt<sup>3</sup>. In einer Debatte über den Cecchini-Bericht unterstrich Haughey erneut die für Irland herausragende Bedeutung der vollständigen Durchführung der in der Einheitlichen Europäischen Akte verankerten Bestimmungen über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, die im Februar zu der Einigung über die Verdoppelung der Strukturfonds geführt hatten.

Haughey beschrieb das Gipfeltreffen von Hannover als „sehr erfolgreich“, stellte aber klar, daß die Steuerharmonisierung und die Förderung der Randzonen der Gemeinschaft das Hauptinteresse Irlands am Binnenmarkt-Programm

ausmachen<sup>4</sup>. Daß die irische Regierung der Europapolitik insgesamt Priorität einräumt, zeigte sich darin, daß der Premierminister beharrlich den Vorsitz im Regierungsausschuß der Minister und Staatssekretäre einnahm, der für die Vorbereitung der irischen Verhandlungspositionen verantwortlich ist. Fianna Fail legt seit ihrer Regierungsübernahme im Jahre 1987 großen Wert darauf, die Europapolitik im Büro des Ministerpräsidenten zu koordinieren. In Ergänzung zu Haugheys persönlichem Engagement wurde seinem Büro eine für Europapolitik verantwortliche Staatsministerin, Maire Geoghegan-Quinn, zugeordnet<sup>5</sup>.

Der Finanzminister, Ray McSharry, stellte Pläne der Regierung vor, nach denen ein Zentralauschuß in Zusammenarbeit mit Interessenverbänden die Mittel aus den erhöhten Strukturfonds verwalten soll. Außerdem soll die Einteilung des Staates in regionale Einheiten geändert werden. Das Problem, den nationalen Anteil der durch die Strukturfonds geförderten Programme zu finanzieren, scheint weitgehend gelöst, da Fonds aus dem Privatsektor für Infrastrukturprojekte anerkannt wurden und sich der Anteil der EG in einigen Fällen bis auf 75% des Gesamtbetrags erhöhte<sup>6</sup>.

#### *„Neue Partnerschaft“ mit der EG-Kommission*

Zu einer ungewöhnlichen Entwicklung kam es, als Kommissionspräsident Jacques Delors am 28. und 29. Oktober Dublin besuchte. Unter dem Motto einer „neuen Partnerschaft“ vereinbarten die Kommission und die irische Regierung, die Gemeinschafts- und die nationalen Politiken in einen gemeinsamen Plan zur Entwicklung der irischen Wirtschaft zu integrieren. Dies erfordert regelmäßige Konsultationen zwischen dem Komitee der irischen Minister und Staatssekretäre, unter Leitung des Ministerpräsidenten, und einer Task Force der Kommission, unter Leitung des Kommissionspräsidenten. Die Vereinbarung enthält außerdem die Verpflichtung der Regierung, Devisenkontrollen bei mittel- und langfristigen ausländischen Wertpapieren bis zum Ende des Jahres – und damit früher als zunächst vorgesehen – zu beseitigen<sup>7</sup>. Die Gesamtbedeutung dieses neuen Übereinkommens bleibt noch abzuwarten, wird aber voraussichtlich beachtlich sein. Die „neue Partnerschaft“ könnte sich als ein Mechanismus erweisen, mit dem die Kommission die irische Politik bei weitem direkter beeinflussen kann als in der Vergangenheit.

#### *Kritik der Opposition an der Europapolitik*

Die Kritik der Opposition konzentrierte sich auf die Vorgehensweise der Regierung bei der Beantragung und Verwendung von EG-Mitteln<sup>8</sup>. Die ursprüngliche Behandlung Irlands als eine einheitliche EG-Region wurde kritisiert, da sie den inneren regionalen Unterschieden nicht gerecht werde. Die neuen Regionalstrukturen, so wurde nun argumentiert, seien eine oberflächliche Antwort auf die EG-Kriterien und überließen die entscheidende Kontrolle dem Finanzministerium, überdies bleibe die Zuständigkeit der Ministerien, etwa des miteinbezogenen Umweltministers, Pdraig Flynn, unklar<sup>9</sup>.

Die Opposition kritisierte auch die lange Verzögerung bei der Ernennung des irischen Mitglieds der neuen Kommission, die im Januar 1989 ihre Amtsgeschäfte aufnahm. 1988 wurde beträchtlicher Druck ausgeübt, erneut Peter Sutherland zu nominieren, der in Brüssel äußerst angesehen ist. Trotzdem ernannte Haughey am 16. November Ray McSharry, der als Mitglied des Europäischen Parlaments von 1984 bis 1987 in Verbindung mit seinen Erfahrungen im Ministerrat sowohl für Agrar- als auch für Finanzfragen kein Neuling in der Gemeinschaftspolitik ist. Befürchtungen, daß seine verzögerte Ernennung verhindern könnte, daß er ein bedeutendes Ressort erhalte, wurden allerdings hinfällig, als man ihm die Verantwortung für die Agrarpolitik und die Entwicklung der ländlichen Gebiete übertrug<sup>10</sup>.

In der Agrarpolitik stellte die traditionelle Auseinandersetzung über die Neufestsetzung der Agrarpreise, sonst meist Brennpunkt der irischen Europapolitik, nicht das größte Problem dar. Der Ausgangspunkt der Kommission, Preisstop und keine Abwertung des Irischen Pfunds, erlaubte es der Regierung, das Ergebnis, das dann doch eine Abwertung des Irischen Pfunds um 1,55% beinhaltete, als einen Verhandlungserfolg zu präsentieren. Problematischer war die Dauerstreitfrage der Reduzierung der Rindfleisch-Produktion der Gemeinschaft. Die Verhandlungen wurden kurz vor Weihnachten abgebrochen, als Irland drohte, ein Veto einzulegen.

Zwei Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes berührten irische Interessen. Der Cattenom-Fall, in dem der Gerichtshof im Hinblick auf die transnationale atomare Verseuchung gegen Frankreich entschied, war für den Klageanspruch der Regierung gegen das Vereinigte Königreich wegen der atomaren Verseuchung der irischen See durch die Atomanlage in Sellafeld<sup>11</sup> von Bedeutung, obwohl während des Jahres keine weiteren Aktivitäten ergriffen wurden. Der andere Fall hatte direktere Folgen: Der Gerichtshof entschied in der Frage des öffentlichen Beschaffungswesens gegen den Gemeinderat der irischen Stadt Dundalk<sup>12</sup>. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg griff am 25. Oktober ebenfalls direkt in irische Politik ein, als er in dem von Senator David Norris vorgebrachten Fall gegen die Gesetzgebung der irischen Regierung zur Homosexualität entschied<sup>13</sup>.

#### *Einstellungen zur Europäischen Union*

Der neue Schwung der Europäischen Gemeinschaft ließ auch die Frage wieder-aufleben, was ihre endgültige Bestimmung sei und welche Form die oft erörterte „Europäische Union“ annehmen werde. Ein Staatsbesuch Mitterrands am 25./26. Februar gab den Mitgliedern des irischen Parlaments die Gelegenheit, den französischen Präsidenten und seine Zukunftsvision von der Europäischen Gemeinschaft zu hören. Es gab jedoch keine nennenswerten Reaktionen weder auf seinen Aufruf, die Integrationslasten gemeinsam zu tragen, noch auf seine Anerkennung der irischen Neutralität<sup>14</sup>. Margaret Thatchers Rede in Brügge im September<sup>15</sup> verursachte ebenfalls kaum eine direkte und vernehmbare Reaktion der politischen

Kreise in Irland. Haughey ging jedoch in zwei Reden auf seine Vision von der westeuropäischen Integration ein. Beim Parteitag der Fianna Fail am 20. Februar 1988 sprach er von „einem Europa der gleichgesinnten Nationen, die miteinander kooperieren“; es werde kein „Europa mit einer schwerfälligen, zentralisierten Bürokratie sein, das nur danach trachtet, eine weitere Supermacht zu sein und mit den Ambitionen der anderen Supermächte zu konkurrieren“. Kurz nach der Rede von Margaret Thatcher in Brügge forderte er, daß „wir der Entwicklung der Gemeinschaftsinstitutionen keine Grenze setzen“, jedoch von der sofortigen Einschränkung gefolgt, daß „die politische und wirtschaftliche Entwicklung parallel voranschreiten muß“<sup>16</sup>.

Indem er auf die Parallelität von politischer und wirtschaftlicher Integration verwies, befand sich Haughey auf dem festen Fundament der orthodoxen Regierungslinie, wie sie seit den frühen 60er Jahren vertreten wird. Jeder Mitgliedstaat kennt eigene Eckwerte in der vielschichtigen Frage der Souveränität; für Irland war dies lange Zeit die militärische Neutralität. Der Grundsatz der „parallelen Integration“ wird normalerweise herangezogen, um die Position „Verteidigung zuletzt“ auf dem Weg zur Europäischen Union anzudeuten. Während Fianna Fail stillschweigend zu dieser Haltung zurückgekehrt zu sein scheint, nachdem sie als Oppositionspartei zuvor die Auffassung „Verteidigung überhaupt nicht“ vertreten hatte, konnte bei Fine Gael und den Progressiven Demokraten eine milde Revision in die andere – integrationsfreundliche – Richtung beobachtet werden. In ihrem Strategiepapier zu 1992 verwies Fine Gael warnend auf die Möglichkeit, daß Irland im Rahmen eines Europas der zwei Geschwindigkeiten zwischen weiterer ökonomischer Integration und Neutralität wählen muß; diese Partei ist offener für eine verstärkte Einbindung in Sicherheitsfragen im Kontext des Europäischen Parlaments. Der Ansatz einer „Verteidigung als vorletztes“ kam noch deutlicher in der Rede der außenpolitischen Sprecherin der Progressiven Demokraten, Geraldine Kennedy, auf dem Parteitag zum Ausdruck<sup>17</sup>.

Die Beziehung zwischen Neutralität und Integration tauchte ebenfalls im Kontext der beharrlichen Spekulationen über einen eventuellen Antrag Österreichs und vielleicht auch anderer neutraler Staaten auf Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft auf. Die Staatsministerin für Europäische Angelegenheiten, Maire Geoghegan-Quinn, bekannte sich zwar zu der von der EG vertretenen Auffassung, daß eine zusätzliche Erweiterung erst nach der Vollendung des Binnenmarktes möglich sei, erklärte aber in bezug auf die neutralen Staaten, daß „ein Konzept Europas, von dem solche Länder auf Dauer ausgeschlossen würden, offen gesagt undenkbar ist“. Auf der anderen Seite argumentierte Garret FitzGerald, daß allen neuen Antragstellern ohne Ausnahme letztlich eine Verpflichtung zu einer gemeinsamen Verteidigung Westeuropas auferlegt werden sollte<sup>18</sup>.

#### *Europäische Politische Zusammenarbeit und Auswärtige Beziehungen*

Die Öffnung nach Osteuropa und zur Sowjetunion, sowohl innerhalb der Gemeinschaft als auch im Kontext der KSZE, war wenig problematisch für die irische Re-

gierung und Öffentlichkeit. In bezug auf den arabisch-israelischen Konflikt kritisierte die Regierung die Antwort Israels auf den palästinensischen Aufstand; die Erklärung eines unabhängigen Staates durch den Palästinensischen Nationalrat wurde von Außenminister Lenihan als „ein historischer Schritt“ bezeichnet. So war es keine Überraschung, daß Irland positiv auf die folgenden Abstimmungen der UN-Vollversammlung in Genf reagierte<sup>19</sup>. In der Tat war 1988 die stärkere irische Beteiligung an den friedenssichernden Aktivitäten der UN bemerkenswert. Zusätzlich zu den bestehenden Verpflichtungen (besonders im Libanon) unterstützte Irland Überwachungsoperationen in Afghanistan, im Golf und (seit dem Frühjahr 1989) in Namibia.

Ein konkretes Problem ergab sich aus der Frage nach dem Platz der Gemeinschaft in der Weltwirtschaft. Die sich verschlechternde Position im Hinblick auf die Vorbereitungen für die nächste GATT-Runde und der bevorstehende Handelskrieg zwischen der EG und den USA wegen der Streitfrage über hormonfreies Rindfleisch waren unheilvolle Entwicklungen für ein Land, das noch immer stark von Agrarsubventionen abhängig ist.

### Anmerkungen

Übersetzung aus dem Englischen von Barbara Tham, Europäisches Dokumentationszentrum der Universität Mainz.

- 1 Für die Europakampagne vgl. die Presseberichte v. 5. 7. 1988. Zu den ersten Wirkungen vgl. die Presseberichte über eine Umfrage unter den Vorstandsmitgliedern durch das „Marketing Institut“ v. 8. 12. 1988.
- 2 Vgl. Haugheys Rede vor dem irischen Parlament (Dail), in: Dail Debates, Vol. 377, Cols. 2262–2269 (16. 2. 1988).
- 3 Vgl. Northern Ireland Economic Council/National Economic and Social Council: The Single European Act: some economic implications for the two jurisdictions, 1988. Vgl. auch die Presseberichte v. 31. 3. 1988.
- 4 Vgl. Haugheys Rede über die Vertagung (in seiner Abwesenheit von Pdraig Flynn verlesen), Dail Debates, Vol. 382, Cols. 2402–2427 (30. 6. 1988).
- 5 Vgl. Carroll, Joe, in: The Irish Times v. 12. 5. 1988.
- 6 Vgl. die Presseberichte über die Aussagen von McSharry v. 27. 8. und 24. 9. 1988. Zur Berücksichtigung der Fonds aus dem privaten Sektor vgl. die Presseberichte v. 25. 10. 1988. Ein EG-Anteil von 75% bei Regionalprogrammen ist nur 1989 möglich; vgl. die Presseberichte v. 22. 11. 1988. Zur Analyse der

Strukturfonds vgl. Matthews, Alan: The role of the European Community's Structural Funds in the 1990s, in: Kearney, Richard (Hrsg.): Across the frontiers: Ireland in the 1990s, Dublin 1988.

- 7 Vgl. die gemeinsame Erklärung von Ministerpräsident Haughey und Präsident Delors über die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Irlands in der EG v. 28. 10. 1988; vgl. auch die Presseberichte v. 29. 10. 1988.
- 8 Zur Debatte über den Cecchini-Bericht vgl. Dail Debates, Vol. 380, Cols. 1980–2082 (19. 5. 1988).
- 9 Vgl. Seanad Debates, Vol. 121, Cols. 1380–1445 (14. 12. 1988). Vgl. auch McDonald, Frank: Ireland's regional development plans „a sham“, in: The Irish Times v. 5. 12. 1988; die Beiträge von T. J. Barrington und John Hume, in: Kearney, a.a.O.; Bericht von Tom O'Donnell, MdEP: Die Regionalpolitik der Gemeinschaft und die Rolle der Regionen, Europäisches Parlament, Dokument A2-0218/88 v. 21. 10. 1988.
- 10 Zur Nominierung von McSharry vgl. Dail Debates, Vol. 384, Cols. 754–756 (16. 11. 1988); zu den Reaktionen auf sein Portefeuille vgl. die Presseberichte v. 17. 12. 1988.
- 11 Vgl. Keatinge, Patrick: Irland, in: Jahrbuch der Europ. Integration 1986/87, S. 370 f.

- 12 Zum Cattenom-Fall vgl. Agence Europe v. 23. 9. 1988; zum Dundalk-Fall vgl. Agence Europe v. 30. 9. 1988. Das zunehmende Interesse an den juristischen Auswirkungen der gegenwärtigen Entwicklung in der EG spiegelt sich in der Gründung eines Irish Centre for European Law am Trinity College in Dublin am 8. Juli; vgl. Irish Centre for European Law (Hrsg.): *The legal implications of 1992*, Dublin 1988.
- 13 Vgl. die Presseberichte v. 26. 10. 1988; Sommermann, Karl-Peter: Die Europäische Menschenrechtskonvention, in diesem Band.
- 14 Zur Rede Mitterrands vor Dail und Seanad vgl. *Dail Debates*, Vol. 378, Cols. 1035-1046 (26. 2. 1988).
- 15 Abgedruckt als Dok. Nr. 3 in diesem Band.
- 16 Zur Jahreskonferenz-Rede vgl. *The Irish Times* v. 22. 2. 1988. Zu seiner späteren Ansprache vor der Europäischen Demokratischen Allianz in Dublin vgl. *The Irish Times* v. 6. 10. 1988.
- 17 Für eine Analyse der Beziehung zwischen Neutralität und europäischer Sicherheit vgl. Keatinge, Patrick: *Ireland and European security: The new cold war and beyond*, in: Keogh, Dermot (Hrsg.): *Ireland and the challenge of European Integration*, Cork 1989. Zur Politik von Fine Gael vgl. 1992, hrsg. v. Fine Gael Pressebüro, Juni 1988, Abschnitt 3, 69-3, 73; zur Einstellung der Parteien zum Manifest der Europäischen Volkspartei für die Wahl zum EP 1989 vgl. die Presseberichte v. 8./9. 11. 1988. Einige Parteimitglieder gehen weiter als die offizielle Parteilinie, die nicht verbindend ist: vgl. z. B. FitzGerald, Garret: *Ireland and the European Challenge*, in: Keogh, a.a.O.; O'Malley, Chris: *Over in Europe*, Dublin 1988, S. 107-113. Für die Politik der PD vgl. Kennedys Bezeichnung der bestehenden Neutralitätspolitik als „Schwindel“ und ihre Darstellung der westeuropäischen Verteidigung als eine politische Option in der Rede v. d. Parteikonferenz am 27. 5. 1988 in Cork.
- 18 Für die Position der irischen Regierung vgl. die Ansprache von Geoghegan-Quinn vor dem Österreich College in Alpbach am 30. 8. 1988. Zur Sichtweise von FitzGerald vgl. ders., in: Keogh, a.a.O.
- 19 Vgl. die Presseberichte v. 22. 11. und 1. 12. 1988.

#### Weiterführende Literatur

- Irish Centre for European Law (Hrsg.): *The legal implications of 1992*, Dublin 1988.
- Kearney, Richard (Hrsg.): *Across the frontiers: Ireland in the 1990s*, Dublin 1988.
- Keogh, Dermot: *Ireland and Europe, 1919-1948*, Dublin 1988.
- Ders. (Hrsg.): *Ireland and the Challenge of European Integration*, Irish Association for European Studies, Cork 1988.
- O'Malley, Chris: *Over in Europe*, Dublin 1988.